

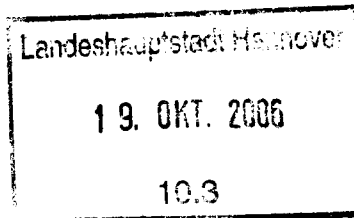
# Dr. Klausing · Himstedt · Klein

Notar · Rechtsanwälte

---

Dr. Klausing · Himstedt · Klein  
Postfach 3327 · 30033 Hannover

Landeshauptstadt Hannover  
- Wahlamt / Der Wahlleiter -  
Trammplatz 2  
30159 Hannover



Dr. Jürgen Klausing  
Notar · Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Rainer Himstedt  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Stephan Klein  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. J. Christian v. Waldhausen  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

PR.-NR.: 03/2006/3176 w/kr

BITTE STETS ANGEBEN

Hannover, den 17.10.2006

Betrifft: Wahleinspruch gegen die Wahlen zum Rat der  
Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2)  
und zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich den Wahleinspruch - ohne Anlagen -  
meines Mandanten Herrn Georg-Günther Thürnau, der um die Berichtigung und  
Beweisantritte ergänzt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Lortzingstraße 1, 30177 Hannover  
Telefon: (0511) 62 84 31  
Telefax: (0511) 62 84 34  
rae-dr.klausing-himstedt-klein@t-online.de  
Gerichtsfach 167

Bankverbindungen  
BHF-Bank  
Kto.Nr. 62017702  
(BLZ 250 202 00)

Sparkasse Hannover  
Kto.Nr. 165 859  
(BLZ 250 501 80)

Dr. Klausing · Himstedt · Klein  
Postfach 3327 · 30033 Hannover

---

Landeshauptstadt Hannover  
- Wahlamt / Der Wahlleiter -  
Trammplatz 2

30159 Hannover

Dr. Jürgen Klausing  
Notar · Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Rainer Himstedt  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Stephan Klein  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. J. Christian v. Waldthausen  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

PR.-NR.: 03/2006/3176 w/kr

BITTE STETS ANGEBEN

Betrifft: Wahleinspruch gegen die Wahlen zum Rat  
der Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2)  
und zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List

---

Hannover, den 22.09.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit zeige ich an, dass mich Herr Georg-Günther Thürnau, Walderseestraße 36, 30177 Hannover, mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen beauftragt hat. Vollmachten sind in der **Anlage** beigelegt. Namens und im Auftrag meines Mandanten erhebe ich gegen die am 10.09.2006 stattgefundene Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2) und zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List

***E i n s p r u c h***  
( W a h l e i n s p r u c h ),

und beantrage,

Lortzingstraße 1, 30177 Hannover  
Telefon: (0511) 62 84 31  
Telefax: (0511) 62 84 34  
rae-dr.klausing-himstedt-klein@t-online.de  
Gerichtsfach 167

Bankverbindungen  
BHF-Bank  
Kto.Nr. 62017702  
(BLZ 250 202 00)

Sparkasse Hannover  
Kto.Nr. 165 859  
(BLZ 250 501 80)

***die am 10.09.2006 stattgefundenen Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2) und zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List für ungültig zu erklären.***

**Begründung:**

Herr Georg-Günther Thürnau wendet sich mit seinem Wahleinspruch gegen die Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2) und zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List am 10. September 2006.

I. Sachverhalt

Der Einspruchsführer ist Bewerber der CDU für die am 10.09.2006 in Niedersachsen stattgefundenen Kommunalwahl im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover für den Rat im Ratswahlbereich 2 (List) sowie für den Stadtbezirksrat Wahlkreis 2 (Vahrenwald-List). Die Wahl der Bewerber für den Stadtbezirkswahlkreis 2 (Vahrenwald-List) und ihre Reihenfolge sowie die Empfehlung der Bewerber für die Wahl des Bewerbers zum Rat der Landeshauptstadt Hannover für den Ratswahlbereich 2 (List) und ihre Reihenfolge erfolgten am 29.03.2006. Bei der CDU internen Wahl der Kandidaten kam es zu den im folgenden darzustellenden Unregelmäßigkeiten, die mit dem Wahlrecht nicht in Einklang stehen.

Zunächst wurden allen Teilnehmern an der Versammlung bei der Eintragung in die Anwesenheitsliste ein großer (DIN A 4) und einer kleiner (DIN A 6) Stimmzettel übergeben. Der „große“ Stimmzettel enthielt alle Namen von Personen die der Ortsverband mit einer Empfehlung als Vorschlag des Vorstandes des Ortsverbandes in einer verbindlichen Reihenfolge der Plätze eingereicht hatte. Dieser Vorschlag wurde auch unter Tagesordnungspunkt 9 vom Ortsverbandsvorsitzenden auf Wunsch des Versammlungsleiters erneut eingebracht. Die Einladung unter Ziff. 9 war fehlerhaft, da diese 26 Personen in einer verbindlichen Reihenfolge abgefasst waren. Die Reihenfolge

war somit als Empfehlung des Vorstandes festgestellt. Das wurde vom Versammlungsleiter missachtet.

- Beweis:**
1. Zeugnis des Herrn Gregor Dehmel, Husarenstraße 18, 30163 Hannover
  2. Zeugnis der Eheleute Brigitte und Manfred Dehmel, Katalonienweg 16, 30163 Hannover
  3. Zeugnis des Herrn Reinhard Becker, ladungsfähige Anschrift wird nachgereicht

Die in diesem Vorschlag aufgeführten Personen hatten bis zu diesem Zeitpunkt keine schriftliche Einverständniserklärung zur Benennung und Wahl auf ganz bestimmte Plätze der Liste beim Ortsverbandsvorsitzenden abgegeben. Auch hatte der Kreisverband derartige Erklärungen Seitens nicht anwesender Personen nicht gefordert. Vielmehr lag nur ein grundsätzliches Einverständnis vor, überhaupt zu kandidieren. Die Reihenfolge dieser Empfehlung hatte der Vorstand festgelegt.

**Beweis:** wie vor

Auf die Benennung von Kandidaten für den Listenplatz 9 für den Bezirksrat wurde Seitens Herr Lorenz der Name „Gregor Dehmel“ und Seitens Herrn Becker der Name „Georg-Günther Thürnau“ vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurde nicht gemacht. Bei der anschließenden Befragung des Versammlungsleiter, ob Herr Dehmel für diesen Platz kandidieren möchte, sage Herr Dehmel sinngemäß, er würde zu Gunsten von Herrn Thürnau auf den Platz 9 verzichten, aber gern auf Platz 10 erneut kandidieren. Herr Thürnau erklärte seine Bereitschaft zur Kandidatur. Da die Vorschlagsliste schon geschlossen war, hätte der Versammlungsleiter nun die Wahl nur mit dem Namen „Thürnau“ durchführen müssen. Das geschah aber nicht. Herr Lorenz schlug einfach eine weitere Person, Frau Krause, vor. Der Versammlungsleiter nahm diesen Vorschlag auf und nach der Zustimmung zur Kandidatur durch Frau Krause wurde dieser Wahlgang mit den Namen „Krause“ und „Thürnau“ durchgeführt.

**Beweis:** wie vor

Bereits nach dem Wahlvorgang um Platz 3 hatte eine stimmberechtigte Person die Versammlung verlassen. Trotzdem wurde dies Seitens des Versammlungsleiters nicht wahrgenommen und bei allen folgenden Wahlgängen immer noch mit der Zahl von 37 stimmberechtigten Mitgliedern gezählt. Dies setzte sich auch fort, als nach der Wahl um Platz 10 eine weitere Person die Versammlung verließ. Hierauf ist weiter unten nochmals einzugehen.

**Beweis:** wie vor

Bei der Wahl um Listenplatz 10 kam es zu einer längeren Debatte darüber, ob Personen, welche nicht anwesend waren und auch keine schriftliche Einverständniserklärung zur Kandidatur auf ganz bestimmte Plätze abgegeben hatten, überhaupt als Gegenkandidaten vorgeschlagen werden können. Der Versammlungsleiter entschied dann, dass die als Empfehlung eingereichte Vorstandsempfehlung gleichzeitig als Einverständnisverklärung gelten würde.

**Beweis:** wie vor

Ab Listenplatz 13 wurde dann auf einmal von weiteren Einzelabstimmungen der Reihenfolge auf den Plätzen abgesehen. Es wurde vom Versammlungsleiter und Herrn Lorenz vorgeschlagen, nun die Reihenfolge genau nach der Empfehlung des Ortsverbandsvorstandes vorzunehmen. Dabei ist ein weiterer Formfehler aufgetreten. Da Herr Wiechert bei der Stichwahl um Platz 12 ausgeschieden war, hätte er eigentlich zuerst den Platz 13 erhalten müssen.

**Beweis:** wie vor

Bei einigen der Wahlgänge bis einschließlich Listenplatz 12 kam es öfter vor, dass die Stimmzettel nicht ordnungsgemäß ausgefüllt waren, schon angekreuzt waren, und so weiter. Diese Fehler wurden dann dadurch behoben, dass die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle schnell neue ausfüllten. Diese Fehler traten auf bei der

Gesamtabstimmung über die festgelegte Reihenfolge der Plätze auf. Auch hier wurden Stimmzettel mit fehlenden Namen oder Stimmzettel die schon angekreuzt waren vor der Wahl verteilt.

**Beweis:** wie vor

Der Wahlvorgang selbst spielt sich dabei wie folgt ab:

Den erschienen Wählern wurden für jeden einzelnen Bewerber ein Blankowahlzettel - im Ergebnis also mehrere Blankowahlzettel - ausgehändigt. Die Blankowahlzettel für den jeweiligen Listenplatz wurden von den Wählern per Hand ausgefüllt, dass heißt die Wähler trugen handschriftlich zunächst nur die Namen der Kandidaten ein. Danach wurden die Wahlzettel eingesammelt. An der Wahlkabine wurden sie, nachdem sie gemischt worden sind, wieder an die dann Wählenden einzeln verteilt. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes, welche die Wahlzettel vor der Wahl ausgeteilt und eingesammelt haben, haben die Wahlzettel später auch ausgezählt. So wurde für jeden Listenplatz vorgegangen. Dabei waren die Wahlzettel nicht verdeckt, sondern offen, der jeweilige Wahlberechtigte hatte diesen Zettel nicht zusammengefasst. Danach wurden die Wahlzettel erneut ausgeteilt und zwar ebenfalls offen, also nicht zusammengefasst. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle hatten also so die Möglichkeit anhand der individuellen Handschrift nachzuvollziehen, wie eine Person jeweils gewählt hatte.

**Beweis:** wie vor

Außerdem ist es bei der Versammlung vorgekommen, dass bei einigen Wahlgängen Wähler vor Beendigung der Wahl noch nicht gewählt hatten. Das war für die Wahlleitung feststellbar an den noch vorhandenen Stimmzetteln in den Händen der Mitarbeiterinnen der Stimmzählkommission. Sowohl diese Mitarbeiterinnen als auch der Versammlungsleiter fragten die Wahlberechtigten, wer noch wählen wolle. In diesem Zusammenhang ist nochmals darauf hinzuweisen, dass zwischen den Wahlgängen Personen bereits den Wahlraum verlassen hatten. Es ist daher nicht gewährleistet

gewesen, dass eine Person auch nur einmal wählt; mit anderen Worten: Es ist auch durchaus möglich, dass eine Person zweimal an der selben Wahl teilgenommen hat.

**Beweis:** wie vor

Der Einspruchsführer war bis zuletzt bemüht, den rechtswidrigen Wahlvorgang zu stoppen, insbesondere um den nun erhobenen Wahleinspruch abzuwenden. Zunächst hat er das Parteigericht angerufen. Das Kreisparteigericht hat allerdings mit Beschluss vom 17.05.2006 (PG 1/06) die Anträge des Antragstellers zurückgewiesen, die Bestimmung der Reihenfolge der Kandidaten aus dem Wahlvorschlag (Tagesordnungspunkt 10 der Einladung vom 16.03.2006), die Schlussabstimmung über den Wahlvorschlag (Tagesordnungspunkt 12 der Einladung vom 16.03.2006), jeweils erfolgt am 29.03.2006 durch die Versammlung für den Wahlkreis 2 (Vahrenwald-List) wahlberechtigten CDU-Mitgliedern ungültig sind und festzustellen, dass die am 29.03.2006 durch die Versammlung der im Ratswahlbereich 2 (List) wahlberechtigten CDU-Mitglieder erfolgte Empfehlung für die acht Kandidaten für die Wahl zum Rat der Landeshauptstadt Hannover (Tagesordnungspunkt 5 der Einladung vom 16.03.2006) ungültig ist. Über die hiergegen zum Landesparteigericht der CDU eingelegte Beschwerde ist noch nicht entschieden.

Parallel hierzu hat der Einspruchsführer einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung beim Amtsgericht Hannover gestellt. Darin sollte untersagt werden, die Wahlvorschläge der CDU für den Stadtbezirksrat Wahlkreis 2 sowohl für den Ratswahlbereich 2, jeweils für den 10.09.2006 in Niedersachsen stattfindende Kommunalwahl, bei der Gemeindewahlleitung der Landeshauptstadt Hannover einzureichen. Dieser Antrag blieb ebenso wie die daraufhin eingelegte Beschwerde zum Landgericht Hannover erfolglos (AG Hannover, Beschluss vom 26.05.2006 - 461 C 6841/06; LG Hannover, Beschluss vom 15.06.2006 - 2 T 29/06 -). Daraufhin legte der Einspruchsführer Verfassungsbeschwerde ein und stellte einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung. Da die Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung nicht angenommen wurde, erledigte sich der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 27.07.2006 - 2 BvR 1416/06 -).

In der **Anlage** füge ich folgendes bei:

- Amtsgericht Hannover, Beschluss vom 26.05.2006 - Az.: 461 C 6841/06 -
- Landgericht Hannover, Beschluss vom 15.06.2006 - Az.: 2 T 29/06 -
- Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 27.07.2006 - Az.: 2 BvR 1416/06 -
- Kreisparteigericht der CDU, Beschluss vom 17.05.2006 - Az: PG 1/06 -
- den Beschwerdeschriftsatz an das Landesparteigericht der CDU vom 15.06.2006
- die Verfügung des Landesparteigerichts der CDU vom 02.08.2006

## II. Rechtliche Würdigung

Der Wahleinspruch hat Erfolg. Die angefochtene Wahl ist für ungültig zu erklären. Auf die vorstehenden Unterlagen nehme ich vollinhaltlich Bezug.

1. Der Wahleinspruch ist zulässig. Er erfolgt innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Er ist mit Begründung schriftlich erhoben.
2. Der Wahleinspruch ist auch begründet. Die gerügten Rechtsverstöße haben das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst.
  - a) Der Einspruchsführer ist in seinem grundrechtsgleichen Recht auf geheime Wahl (Art. 38 Abs. 1 GG i.V. mit Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG) verletzt. Die Wahl der Bewerber für den Stadtbezirksratswahlkreis 2 (Vahrenwald-List) und die Empfehlung der Bewerber für den Ratswahlbereich 2 (List) über die Reihenfolge auf den jeweiligen Listen am 29.03.2006 erfolgte insbesondere nicht in geheimer Abstimmung.

Die Bewerber der in dem Antrag genannten Wahlvorschläge wurden nicht in geheimer Abstimmung gewählt. Gem. § 24 Abs. 1 Satz 1 Nds. Kommunalwahlgesetz müssen die Bewerber auf Wahlvorschlägen von



Parteien und ihre Reihenfolge an dem im Zeitpunkt ihres Zusammentretens wahlberechtigten Mitgliedern der Partei in geheimer Abstimmung gewählt worden sein. Das ist hier nicht geschehen.

Eine Wahl ist geheim, wenn jeder Wähler seine Stimme so abgeben kann, dass niemand erkennen oder nachprüfen kann, wie er sich entschieden hat. Nach den geschilderten Einzelheiten zum Ausfüllen und Einsammeln der Wahlzettel sowie zur Aushändigung der Wahlzettel bestand die Möglichkeit zu erkennen und nachzuprüfen, wie der einzelne Wähler seine Stimme abgegeben hat. Es ist nochmals darauf aufmerksam zu machen, dass die Ansammlung der Stimmzettel, die Ausgabe der Stimmzettel und die Stimmauszählung von den gleichen Mitarbeitern der Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes vorgenommen wurden. Es lagen bei jedem Listenplatz durch die handschriftliche Ausfüllung der Blankostimmzettel unterschiedlich individualisierbare Wahlzettel vor, so dass jeweils die Möglichkeit bestand, mit der Aushändigung eines derartigen individualisierbaren Wahlzettel an eine bestimmte Person später erkennen oder nachprüfen zu können, wie diese Person ihre Stimme abgegeben hat. Allein die Möglichkeit, erkennen oder nachprüfen zu können, wie der einzelne Wähler seine Stimme abgegeben hat, reicht für eine Verletzung des Grundsatzes der geheimen Abstimmung aus. Der Grundsatz der geheimen Abstimmung hätte verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, die die geheime Stimmabgabe gewährleisten. Davon kann im vorliegenden Fall jedoch keine Rede sein.

- b) Darüber hinaus ist von Seiten des CDU-Kreisverbandes ausdrücklich bestätigt worden, dass es bei der Versammlung vorgekommen ist, dass bei einigen Wahlgängen Wähler vor Beendigung der Wahl noch nicht gewählt hatten. Das sei feststellbar gewesen an den noch vorhandenen Stimmzetteln in den Händen der Mitarbeiterinnen der Stimmzählkommission. Sowohl diese Mitarbeiterinnen als auch der Versammlungsleiter hätten dann die Wahlberechtigten gefragt, wer noch wählen wolle. Da anscheinend nicht dafür Sorge getragen war, dass eine

doppelte Stimmabgabe in einem Wahlgang verhindert wird, wäre hierdurch die Gleichheit der Wahl verletzt.

**Beweis:** Zeugnis des Herrn Ulrich Reymann, Walderseestraße 21,  
30177 Hannover

- c) Die vorstehend (auch unter Ziff. I.) dargestellten Rechtsverstöße haben das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst. Denn es ist davon auszugehen, dass bei Beachtung der Wahlgrundsätze der Einspruchsführer einen der vorderen Listenplätze erzielt hätte. Dies hätte zur Folge gehabt, dass er in den Rat der Landeshauptstadt Hannover sowie in den Bezirksrat gewählt worden wäre.

Wäre der Einspruchsführer unter Beachtung der Wahlgrundsätze so wie im Jahr 2001 auf Listenplatz 1 gewählt worden, wäre seine Wahl in den Rat sicher gewesen. Im Jahr 2001 benötigte der Einspruchsführer für die Wahl in den Rat im Wahlbereich 2 List auf Platz 1 der CDU 2504 Stimmen. Für den Stadtbezirksrat benötigte der Einspruchsführer auf Platz 1 der CDU-Liste 3074 Stimmen. Im Jahr 2006 erhielt der Einspruchsführer auf Platz 5 der CDU-Liste für die Wahl zum Rat der Landeshauptstadt Hannover, Wahlbereich 2 List, 905 Stimmen und für den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List auf Platz 12 der CDU-Liste 801 Stimmen. 2001 haben die für den Einspruchsführer abgegebenen Stimmen ausgereicht, um in den Rat gewählt zu werden und für den auf Listenplatz 2 gesetzten Herrn Dehmel ebenfalls mit in den Rat gewählt zu werden. Da jetzt die Kandidatin auf Platz 1 der CDU-Liste relativ wenig Stimmen (1288 Stimmen) erhalten hat, zog nur ihr Platz als Listenplatz und der 2. Platz für die CDU entfiel für den Wahlbereich 2 List.

Soweit hier die Empfehlungen für die acht Kandidaten für die Wahl zum Rat der Landeshauptstadt Hannover in Rede stehen ist festzustellen, dass diese örtlichen Empfehlungen durch die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes am 17.05.2006 unverändert übernommen wurden. Mithin

wirkt sich die rechtswidrige Wahl auf der vorgelagerten Parteiebene (wie oben dargestellt) auf die Kandidatenaufstellung des Kreisverbandes für den Rat aus.

**Beweis:** Zeugnis des Herrn Dirk Toepffer, Walderseestraße 21,  
30177 Hannover

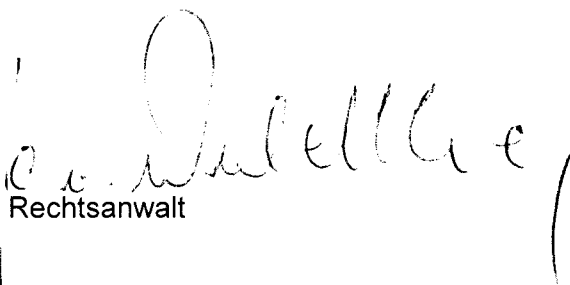
Auf den Mitgliederversammlungen am 29.03.2006, auf einer Kreisvorstandssitzung und bei der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes am 17.05.2006 wurde ausdrücklich der Beschluss gefasst, dass die Empfehlungen ohne Änderungen vor den nachfolgenden Parteigremien (unverändert) übernommen werden sollen.

**Beweis:** wie vor

Der Wahleinspruch hat Erfolg. Die Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover (Wahlbereich 2) sowie zum Stadtbezirksrat Vahrenwald-List sind daher für ungültig zu erklären.

Schließlich beantrage ich,

***dass der Einspruchsführer, Herr Georg-Günther Thürnau, bei der Verhandlung über den Wahleinspruch angehört wird (§ 47 Abs. 2 NKWG).***

  
Rechtsanwalt